

---

Name, Vorname

---

Straße

---

PLZ, Ort

Regierungspräsidium Kassel  
- Versorgungsdezernat -  
Am Alten Stadtschloss 1  
34117 Kassel

### **Antrag auf amtsangemessene Alimentation 2023 und 2024 ab dem dritten Kind**

**Geschäftszeichen** \_\_\_\_\_

(auf dem Bezügenderachweis oben rechts)

Sehr geehrte Damen und Herren,

unter Beachtung des Grundsatzes zur „zeitnahen Geltendmachung“ besoldungsrechtlicher Ansprüche beantrage ich vorsorglich, mir rückwirkend ab dem 1. Januar 2023 und für die Folgejahre eine Besoldung zu zahlen, die den Grundsätzen der amtsangemessenen Alimentation entspricht. Mit dem Antrag, der gleichzeitig als anspruchswahrender Widerspruch zu behandeln ist, wende ich mich gegen meine - insbesondere angesichts der Rechtsprechung zur Besoldung von Beamtinnen und Beamten mit drei und mehr Kindern - verfassungswidrig zu niedrig bemessene Besoldung.

Das Bundesverfassungsgericht hat in seiner Entscheidung vom 4. Mai 2020 (2 BvL 6/17 u.a.) festgestellt, dass ausgehend von einer Alimentation, die so bemessen ist, dass sie zusammen mit den Familienzuschlägen bei zwei Kindern amtsangemessen ist, Richtern und Beamten nicht zugemutet werden darf, für den Unterhalt weiterer Kinder auf die familienneutralen Bestandteile ihres Gehalts zurückzugreifen. So hätten die den Richtern und Beamten für ihr drittes und jedes weitere Kind gewährten Zuschläge mindestens zu einer Erhöhung des Nettoeinkommens um 115 % des grundsicherungsrechtlichen Gesamtbedarfs für das hinzutretende Kind zu liegen.

Nach der Rechtsprechung des Hessischen Verwaltungsgerichtshofs vom 30.11.2021 (Az. 1 A 863/18 und 1 A 2704/20) ist seit 2013 bzw. 2016 von einer erheblichen Besoldungslücke für alle Familienkonstellationen auszugehen.

Angesichts der fortbestehenden Alimentationslücke und der Tatsache, dass der Besoldungsgesetzgeber seiner Begründungspflicht nicht hinreichend nachgekommen ist, gehe ich davon aus, dass die mit dem Gesetz zur weiteren Anpassung der Besoldung und Versorgung im Jahr 2023 sowie im Jahr 2024 (LT-Drucksache 20/9499) ergriffenen Maßnahmen nicht zu einer verfassungsgemäßen Alimentation führen.

Daher mache ich hiermit vorsorglich meinen Anspruch für das Jahr 2023 und die Folgejahre geltend.

Ich bin damit einverstanden, dass die Bearbeitung meines Antrags bis zu einer Entscheidung des hessischen Gesetzgebers zurückgestellt wird. Daher bitte ich um eine **schriftliche Bestätigung des Eingangs meines Antrages** sowie eine Erklärung Ihrerseits, **auf die Einrede der Verjährung zu verzichten**.

---

Ort, Datum, Unterschrift